



Petition 161379

Zwangsvollstreckung - Erhöhung der Pfändungsgrenze für berufstätige Arbeitnehmer

Text der Petition

Mit der Petition wird eine Erhöhung der Pfändungsgrenze für berufstätige Arbeitnehmer gefordert, weil Bürgergeld und Grundsicherung dieselbe Existenzminimumshöhe haben.

Begründung

Beispiel: Kontopfändung, 1410,00 Euro zum Verbrauch erlaubt.
Damit kann Miete und Lebenshaltung finanziert werden, jedoch weder PKW mit Fahrtkosten zur Arbeit noch Renten/Krankenversicherung. (Privatzahler oder Selbständige)
Folge: Berufstätigkeit kann nicht mehr ausgeübt werden.
Andere Gläubiger können nicht mehr bezahlt werden.
Armutsspirale wird in Gang gesetzt.

Es sollte im wirtschaftlichen Interesse sein, Arbeitstätigkeit zu fördern.
In der Realität werden Bürger ja ins Bürgergeld gezwungen.
Das Pfändungsaufkommen hat durch Verkäufe an registrierte Inkassounternehmen stark zugenommen, es scheint ein neuer lukrativer Geschäftszweig entstanden zu sein.
Flucht in die Grundsicherung ist ein Ausweg. Die Stimmungslage der Bevölkerung wird durch Erleben von solcher Aggressivität noch aggressiver und aufgeheizter.